

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60, monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für die zweispaltige 10 Pfg., für die einspaltige 5 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Mittwoch den 4. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Siehe eine Beilage.

## Anarchische Zustände in Rußland.

wp. Fortgesetzte Unruhe und Aufruhr im Zarenreich. Eine Revolution in dem uns von Frankreich überlieferten Sinne ist es freilich nicht. Dem steht im Wege die moderne militärische Macht des Staates, unterstützt durch Eisenbahnen, Telegraphen usw. Wenn die militärischen Verhältnisse so wären, wie anno 1789 in Frankreich, so wäre das Haus Romanoff schon längst den Weg der Bourbonen gegangen. Die Macht ist also noch immer auf Seiten der zarischen Regierung. Aber das Volk in allen seinen Schichten vermag den Absolutismus nicht mehr zu ertragen, es leistet bald aktiven, bald passiven Widerstand und kann nur noch durch Gewalt niedergehalten werden. Der russische Absolutismus hat aufgehört, ein den sozialen Verhältnissen entsprechendes politisches System zu sein, er hat seine historische Berechtigung verloren, er steht in Widerspruch zu dem ökonomischen Bau und zu der kulturellen Entwicklung des Landes, er ist zur Tyrannei geworden. Nur weil der Zar und seine Minister es also wollen! Auf der einen Seite die Gehege der geschichtlichen Entwicklung, auf der anderen der Wille einzelner Personen — es ist einer jener scheinbaren Widersprüche zur materialistischen Geschichtsauffassung, die die Revisionisten so sehr in Verwirrung bringen. Es ist ein Widerspruch gleicher Art wie die Brechung des Lichtes zu seiner gradlinigen Fortpflanzung, die Verdichtung der Gase zu ihrer Ausdehnungskraft. Wenn nur die Revisionisten daraus wenigstens die Lehre ziehen möchten, daß durch energische Anwendung der Staatsgewalt sich allerdings sehr vieles durchsetzen lasse!

Die zarische Regierung lebt in einem fortwährenden Konflikt mit der Bevölkerung, sie existiert nur noch im fortwährenden Kampf um ihre Existenz. Um eine Revolution zu vermeiden, muß die Revolution jeden Tag aufs neue unterdrückt werden. Bald hier, bald dort, an hundert Stellen zugleich erhebt der Aufruhr, der Hochverrath sein Haupt. Ein Augenblick der Schwäche und schon lodert es in hohen Flammen auf. Der Staat, unterstützt durch Eisenbahnen, Telegraphen, ist überall gleich zur Stelle — aber vor lauter Bekämpfung des Umsturzes stockt die gesammte Staatsmaschinerie. Alle Interessen treten zurück gegenüber dem Staatserhaltungsinteresse der Autokratie. Die politische Polizei wird zur herrschenden Einrichtung. Vor der Meinungsvielfalt schützt nichts mehr: Reichthum, soziale Stellung, Rang, aristokratische Abstammung! Das Beamtenthum, im Bewußtsein seiner Allmacht, schaut vor nichts zurück, um sich persönliche Vortheile zu verschaffen. Es stiehlt, raubt, erhebt eigenmächtig Umlagen; es hebt Gesetz, Sitte, Ordnung auf und etabliert ein nacktes Faustrecht. Der „Unterthan“ ist nicht mehr seines Vermögens, seiner Ehre, seines Lebens sicher. Jeder Tag bringt neue Bedrückungen, Gefängnisse, Sibirien, Galgen!

Und die Erbitterung wächst. Niemand gehorcht willig. Die Regierung hat jedes moralische Ansehen verloren. Man freut sich jeder ihrer Mißfolge, man fühlt sich unglücklich, wenn sie triumphirt. Wo sie nicht direkt eingreift, geschieht sicher etwas gegen ihren Willen. Und sie kann nicht überall eingreifen. Mit der Entwicklung der Industrie und der modernen Städte, der Eisenbahnen, Telegraphen usw., wird das wirtschaftliche und kulturelle Leben so kompliziert, so formenreich, so weit verzweigt und schnell wechselnd, daß es von oben herab, von einem zentralen Punkte aus nicht mehr reglementirt werden kann. Die Bürokratie glaubt, den Staat zu erhalten, und sie erhält nur sich selbst, sie verbraucht alle Kräfte des Staats, um sie aufrechtzuerhalten. Unter ihr schlägt das frische pulstrende Leben an tausend Stellen durch, der gegen sie gerichtete Strom des öffentlichen Interesses schwillt an, brohend, alle Dämme zu zerreißen.

Der Widerstand wächst. Er ist überall. Stets von neuem niedergeworfen und stets aufs neue sich erhebend, trotziger denn je. Seit Jahr und Tag kommen aus dem Zarenreich lauter Nachrichten von Aufruhr, Kampf und Blutgerichten. Bald ist es eine blutig niedergeworfene Studentenrevolte, bald eine Straßendemonstration, die mit einer Niedermetzlung durch Kosaken endet, ein Attentat, ein Bauernaufstand! Wir stellen, soweit es nach den lückenhaften Angaben möglich ist, eine Uebersicht dieser Protesterscheinungen für das Jahr 1901 zusammen.

1901 Januar. Studentenumruhen an der Petersburger Universität, an der Frauenhochschule, in der Bergakademie, Forstakademie, im elektrotechnischen Institut, auf den Frauenburgen für Medizin, in der Kriegsmedizinakademie, in der Kunstakademie. Studentenumruhen in Moskau. Hunderte von Studenten werden relegirt und zum Strafmilitärdienst verwiesen.

Februar. Karpowitsch erschießt den Kultusminister Bogoljoroff. Bogowskoi schießt auf Bobjedonowseff. Fortgesetzte Universitätsunruhen und Demonstrationen den ganzen Monat hindurch. Am 19. Februar, dem Tage der Bauerna-

befreiung, große Straßendemonstrationen, besonders in Charkow, wo 200 Personen verhaftet wurden, und in Petersburg. In Petersburg verrichten die Schulleute, Dwornits (Hauspigel) und Kosaken eine furchtbare Mezelei unter den Demonstrierenden. Zahllose Verhaftungen und Studentenrelegierungen. Am 23. und 24. Februar abermals Studentendemonstrationen in Moskau. Auch Arbeiter nehmen an der Straßendemonstration theil.

Abends des gleichen Tages wird die Demonstration in noch größerem Umfange wiederholt. Am 25. Februar tritt das Volk nicht mehr zu Tausenden, sondern zu Zehntausenden zusammen. Die Boulevards und Plätze im Centrum der Stadt sind von den Massen überfluthet. Nur mit Mühe gelingt es den Schulleuten und Kosaken der Menge, die sich theilt und in Haufen von mehreren Tausenden durch verschiedene Straßen zieht, Herr zu werden. In den nächsten Tagen dauern die Demonstrationen in kleinerem Umfange fort.

März. Am 4. März Demonstrationen mehrerer Tausend Studenten in Petersburg. Das brutale Verfahren der Polizei und Kosaken bei der Unterdrückung dieser Kundgebung erweckt stürmische Proteste im ganzen Lande. Die angesehensten russischen Schriftsteller, 50 an der Zahl, unterzeichneten eine Protestpetition an den Zaren — viele von ihnen werden verhaftet, die meisten auf längere Zeit aus den Residenzen entfernt. Auch einzelne Persönlichkeiten von hohem Rang — Akademiker, Professoren, Mitglieder des Senats — erheben Protest gegen die Brutalitäten der Polizei. Große Straßendemonstrationen von Arbeitern und Studenten — ca. 15 000 — in Kiew. Studentenumruhen in Kasan, Tomsk, Riga, Dorpat, Warschau, Odesa. Unabhängig von dieser Bewegung fand am 4. März in Bialostok eine große Arbeiterdemonstration beim Leichenbegängniß eines Genossen statt.

April und Mai. Trotz der umfassendsten Maßregeln der Polizei, der Absperrung der Arbeiterviertel usw., finden in allen Industriezentren Maidemonstrationen statt. Am 7. Mai erheben sich die Arbeiter der Dschuchowischen Stahlhütten bei Petersburg. Sie sammeln sich in mehreren Tausenden auf dem Schlüsselburger Prospekt und werfen Polizei und berittene Mannschaften wiederholt zurück. Die Bewegung beginnt um 2 Uhr Nachmittags und dauert bis spät in den Abend. Um 6 Uhr Nachmittags vereinigen sich mit den Leuten von den Stahlhütten Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Fabriken. Alles Aufgebot der Polizei und Kosaken hilft nichts. Die Demonstranten sperren den Verkehr mit Petersburg ab. Und sie zerstreuen sich nur nach wiederholten tödlichen Gewehrsalven der herbeigerufenen Matrosenkompagnie.

In den Sommermonaten tritt relative Ruhe ein. Um so eifriger sind Polizei und Gendarmerie an der Arbeit. Zahllose Hausdurchsuchungen. Die Regierung erneuert den Belagerungszustand in den Gouvernements Petersburg, Moskau, Charkow, Jekaterinoslaw, Kiew, Podolien und Wolhynien, in den Stadtprefekturen Petersburg, Odesa, Nikolajew und in einer großen Anzahl Regierungsbezirke, einzelner Städte und selbst Dörfer. Sie verhängt zum erstenmal den verhängnisvollsten Belagerungszustand über die Städte Tiflis und Baku nebst dem Regierungsbezirk, zwei Regierungsbezirke des Gouvernements Wladimir und noch drei einzelne Städte und Ortschaften.

Zahlreiche Streiks, die in Rußland schon deshalb als politische Kundgebung zu gelten haben, weil sie verboten sind, die wir aber unmöglich alle aufzählen können, setzen sich auch durch den ganzen Sommer fort.

Im September giebt es eine Straßendemonstration in Kischinew.

Oktober. In Petersburg veranstalten ca. tausend Maurer eine Straßendemonstration. Am 11. Oktober große Straßendemonstration an der Universität Kiew — es wird ein politisches Programm entworfen. Am 15. Oktober Studentendemonstrationen in Moskau — große Polizeischlacht. Am 24. Oktober große Demonstrationen am Polytechnikum in Kiew — es werden Beschlüsse gegen die Regierung gefaßt.

November. Fortgesetzte Universitätsunruhen in Moskau — die Studenten verlangen politische Freiheit. Straßendemonstrationen in Minsk. In Mischni-Nowgorod Volkskundgebung anlässlich der Ausweisung von M. Sorby. Desgleichen in Moskau. Universitätsunruhen in Petersburg, in Kiew, Charkow, Riga — sie tragen einen ausgesprochen politischen Charakter, Tausende von Studenten nehmen daran theil, Beschlüsse werden gefaßt, sich mit den Arbeitern zur Erklämpfung der politischen Freiheiten zu vereinigen. Weitere Straßendemonstrationen in Moskau. Am 24. Straßendemonstrationen der Studenten in Riga. Am 28. und 29. große Straßendemonstrationen der Studenten und des Volkes in Charkow; gewaltige Arbeitermassen nehmen daran theil — 12—15 000 Demonstranten. Das Ende, wie in allen Fällen, furchtbare Massakerung durch die Kosaken.

Dezember. In Charkow kommt es am 3. Dezember abermals zu einer Massendemonstration. Kleinere Demonstrationen finden statt: in Odesa, Schitomir, Kriwi, Jekaterinoslaw. Die Regierung verhängt den verhängnisvollsten

Belagerungszustand über folgende weitere Orte: Riga, Dorpat, Minsk, Mogileff, Kowel, Dvinsk, Mitebel, Bialostok, Mischni-Nowgorod, Kasan, Tomsk, Jaroslaw, Samara, Saratoff, Poltawa, Kischinew und das Gouvernement Wilna. Das ist die offizielle Anerkennung der Thatsache, daß das ganze Land sich in Aufruhr befindet.

Diese Aufzählung der Demonstrationen von Jahre 1901 erhebt selbstverständlich nicht den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit — bei den bekannten russischen Zensurverhältnissen gelangt nur das Wenigste in die Oeffentlichkeit.

Das Jahr 1902 begann nicht minder stürmisch. Wir hatten die Erschießung des Ministers Spjagin und das Attentat auf den Gouverneur von Wahl. Die Universitätsunruhen dauern fort, sie tragen ein offen revolutionäres Charakter. Straßendemonstrationen gab es: in Kiew (mehrmals), in Petersburg (mehrmals, darunter besonders bemerkenswerth: die Polizeischlacht im Volkshaus und die große Massendemonstration am 3. März), Poltawa, Breslaw, Odesa, Kostoff am Don, Jekaterinoslaw, Minsk, Dorpat, Warschau, Romno. Es kam zu großen Straßenumkulten in Helsingfors anlässlich der finnischen Aushebung. Bauernunruhen wurden aus dem Gouvernement Mogileff und im Gouvernement Wilna (hier sollen nach der Meldung der „Moskowskij Wjedomosti“, 50 000 deutsche Kolonisten wie ein Mann sich erhoben haben) gemeldet. Schließlich die große Bauernrevolte im südlichen Hungergebiet.

So geht es in einem fort. Es ist keine Revolution, aber es ist die Aufhebung des Staatsverbands, es sind anarchische Zustände. Und das Ende? Der deutschen Märzrevolution ging ein Jena voraus, den Reformen Alexander II. der Krimkrieg; in ihrem Kampf gegen den Umsturz arbeitet die zarische Regierung auf ein russisches Jena, auf ein neues Austerlitz und ein neues Sebastopol hin. Einen kräftigen Stoß von außen hält das in inneren Kämpfen sich aufzehrende Zarenreich nicht mehr aus und dann wird die große Rechnung der Romanoffs aufgemacht!

## Politische Handzettel.

Deutschland.

Die Regierung verläßt den Saal. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat sich am Montag ein Vorgang abgespielt, wie ihn dieses Haus kaum je erlebt hat. Die Regierung hat gegen einen von der konservativen Mehrheit des Hauses eingebrachten Antrag (Verstärkung des landwirthschaftlichen Polikubes über die Tarifvorlage hinaus) in der denkbar schärfsten Form protestirt, indem der Ministerpräsident Graf Bülow in ihrem Namen jede Betheiligung an der Berathung des Antrages ablehnte und sämtliche anwesenden Mitglieder der Regierung sodann den Saal verließen. Ähnliches hat sich nur einige Male unter dem Regime des Fürsten Bismarck im Reichstage zugetragen; dort waren es aber nicht die Regierungsparteien, denen in dieser dramatischen Weise begegnet wurde, sondern die Opposition der „Reichsfeinde.“ Daß derartige auch den Konservativen passiren könne, haben diese wohl weder selbst, noch haben es die anderen Parteien geglaubt, und am wenigsten hat man dem stets verbindlichen Grafen Bülow eine so scharfe Verleugnung seiner gewohnten zarten Sitten zugetraut. Der Vorgang, der im Abgeordnetenhaus begreiflicherweise große Erregung hervorrief, wird auf die künftigen Beziehungen der Regierung zu den Majoritäts-Parteien nicht ohne Einfluß bleiben, zumal Graf Bülow nicht verfehlt hat, trotz der formellen Ablehnung einer Antwort auf den konservativen Antrag, doch seine und die Stellung der Regierung zu den agrarischen Forderungen in aller Schärfe nochmals dahin zu präzisiren, daß er das in der Follkommission gesprochene „Unannehmbar“ wiederholte. Nach dem Fortgange der Minister machten die Konservativen und Zentrumslente ihrem bedrängten agrarischen Herzen Luft, während der Abg. Richter (Fp.) weidlich über den dramatischen Verlauf spottete, den die Sache genommen. Schließlich aber wurde der konservative Antrag, der, wie Abg. Dr. Sattler (N.) feststellte, ein scharfes Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler enthält, in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 79 Stimmen angenommen; die Konservativen und das Zentrum stimmten geschlossen für den Antrag, während die Freikonservativen sich der Abstimmung enthielten.

Zucker und Branntwein. Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ sind angewiesen worden, der Zuckeropposition im Reichstage bemerklich zu machen, daß man ihr event. mit Repressalien begegnen könnte. Das offiziöse Organ schreibt:

„Zu gewissen agrarischen Blättern wird trotz der Abmahnungen der Reichsregierung noch immer davon geredet, jetzt im Reichstage nur die Branntweinsteuervorlage zu erledigen, die Erledigung der Zuckersteuervorlage aber bis zum Herbst zu verschieben. Dabei wird augenscheinlich übersehen, daß die Zustimmung der Regierung zu den Wünschen der Reichstagsmajorität ein weitgehendes Entgegenkommen bedeutet. Dieselbe Mehrheit (soll offenbar heißen: Regierung), deren Entgegenkommen auf diesem Gebiete in so weitem Maße beansprucht wird, hat mindestens ein gleich starkes Interesse daran, daß die Zucker-









